21.

Strafprozeß.

Berichterstatter: Prof. Dr. Beling, Tübingen.

I. Allgemeines.

1. Rosenfelds Lehrbuch des Strafprozesses ist in 3. Auflage herausgekommen¹⁾. Das System ist unverändert geblieben, dagegen sind Literatur und Judikatur der letzten Jahre eingearbeitet, und auch im übrigen der Inhalt im einzelnen stellenweise revidiert worden. Eine Skizze des Bundesratsentwurfs zu einer neuen StPD. ist im Anhang beigegeben. Die Empfehlungen, die in **§. 22 393, 25 690** der 1. und der 2. Auflage des Werkes auf den Weg gegeben wurden, können auch die neue Auflage begleiten.

2. Die dritte Auflage von Lucas, Anleitung zur strafrechtlichen Praxis, Erster Teil: Das formelle Strafrecht²⁾ ist ein unveränderter Abdruck der zweiten Auflage³⁾.

3. Benedikts Schrift „Die Advokatur unserer Zeit“, über deren 1., 1903 erschienene Auflage in **§. 24 309** berichtet ist, ist in 3. Auflage herausgekommen⁴⁾. Der Inhalt ist, namentlich in dem die Standesehtik behandelnden Kapitel, vielfältig bereichert. Das ebenso nachdenkliche wie zum Nachdenken anregende Buch wird auch in der neuen Auflage für jeden, der die Beziehungen des Anwalts zum Leben von einer höheren Warte aus betrachten will, eine genussreiche Lektüre sein.

II. Prozeßgegenstand, Prozeßverhältnis, Prozeßsubjekte.

4. Über Einziehung nach rechtskräftiger Verurteilung des Täters spricht Pramberger in den Blätter für Rechtsanwendung⁵⁾.

5. Der an sich aus dem Rahmen des vorliegenden Berichts hinausfallenden Bemerkungen Otters zum Entwurf einer StPD.⁶⁾ ist an dieser Stelle deshalb Erwähnung zu tun, weil sie auf **§. 67—75** auch wertvolle dogmatische Erörterungen über Rechtshängigkeit und Prävention (**§ 12 StPD.**) bringen. Daselbe Kapitel behandelt Schötenack in Anknüpfung an einen praktischen Fall⁷⁾.

¹⁾ Ernst Heinrich Rosenfeld, Der Reichsstrafprozeß. Ein Lehrbuch. 3. durchgesehene und ergänzte Auflage. Berlin, Guttentag, 1909.

²⁾ Berlin, Liebmann, 1908.

³⁾ Vgl. über diese **§. 26 290**.

⁴⁾ Wien, Manz, 1909.

⁵⁾ **73 926**.

⁶⁾ Gerichtssaal **74 59**.

⁷⁾ Gerichtssaal **74 476**.

6. Eine Monographie von Yamaoka behandelt die Staatsanwaltschaft nach deutschem und japanischem Recht⁹⁾.

7. Ein umfangreiches Werk von Bachtler stellt die Rechtsstellung des Beschuldigten im schweizerischen Strafprozeß dar¹⁰⁾. Da die Frage nach der Rechtsstellung des Beschuldigten im Grunde genommen den ganzen Strafprozeß durchzieht, so nähert sich das Buch einer systematischen Darstellung des schweizerischen Strafprozeßrechts überhaupt an. Die in der Schweiz noch bestehende Rechtszerplitterung tritt deutlich zutage, namentlich weiß der Verfasser anschaulich die rückständigen Bestimmungen, die eine Reihe kantonaler Rechte haben, aufzuzeigen. Er selbst tritt energisch für Modernisierung des Strafprozeßrechts ein.

Das Buch ist mit intensiver Mühe und großer Belesenheit in der — auch außerschweizerischen — Literatur geschrieben. Auf Einzelheiten einzugehen verbietet die ungeheure Fülle des Stoffs¹¹⁾.

III. Prozeßprinzipien.

8. Über die Öffentlichkeit der Gerichtsverhandlungen spricht Kleinfeller im „Recht“¹²⁾.

IV. Beweisrecht.

9. In dritter Auflage liegt das schnell bekannt gewordene Werk von Hans Groß „Die Erforschung des Sachverhalts strafbarer Handlungen“¹³⁾ vor. Abgesehen von einigen Ergänzungen unterscheidet sich die neue Auflage von den früheren namentlich durch Beigabe von — sehr anschaulichen — Abbildungen, sowie durch Internationalisierung des Inhalts (wewegen jetzt auch der Untertitel schlechtweg „Ein Leitfaden für Beamte des Polizei- und Sicherheitsdienstes“ lautet unter Weglassung des ursprünglichen Beifuges „des Deutschen Reichs“). Im übrigen darf hier auf die Anzeige der 1. Auflage Bezug genommen werden¹³⁾.

10. Die Unterscheidung des Sachverständigen vom Zeugen im (Zivil- und Straf-) Prozeß wird von Hegler

⁹⁾ Leipzig, Lorenz, 1909.

¹⁰⁾ Bruno Bachtler, Der Angeschuldigte im schweizerischen Strafprozeßrecht. Seine Stellung, insbesondere seine Rechte. Bümpliz, Benteli, 1909.

¹¹⁾ Nur sei hier ein Mißverständnis des Verf. (S. 79 Anm. 49) berichtigt: ich fordere in meinem Lehrbuche S. 284 keineswegs zivilrechtliche Geschäftsfähigkeit für die Vornahme von Prozeßhandlungen, sondern natürlich strafprozeßuale Geschäftsfähigkeit = (in Ansehung der Parteien) Prozeßfähigkeit. Auch habe ich nichts davon gefunden, daß Vennede an der von dem Verf. S. 138 Anm. 63 zitierten Stelle behauptete, der gesetzliche Vertreter könne Geständnisse für den Vertretenen ablegen.

¹²⁾ 13 272.

¹³⁾ München, Schöweizer, 1909.

¹⁴⁾ 3. 24 294.

im Archiv für die zivilistische Praxis ¹⁴⁾ in tiefdringender, namentlich auch philosophisch fundierter Weise und mit reichen kasuistischen Belegen untersucht. Die bisherigen Unterscheidungen nach den Eigenschaften der Aussageperson selber (1) oder nach dem Aussageinhalt (2) seien nicht haltbar; das maßgebende Kriterium sei vielmehr der Grund, weshalb die Person im Prozeß aussagen solle — die Beziehung der Person zu dem künftigen Inhalt der Aussage (3).

1. Wenn man den Unterschied in dem Besitz oder Nichtbesitz besonderer Sachkunde gefunden habe, so widerlege sich das zunächst durch die Figur des sachverständigen Zeugen, der wahrer Zeuge sei. Und umgekehrt gebe es Personen ohne besondere Sachkunde, die gleichwohl nicht einfach Zeugen, sondern prozessual analog den Sachverständigen zu behandeln seien (Auswahl durch den Richter, keine allgemeine Pflicht, Ablehnungsrecht der Parteien), nämlich Personen, denen im Prozeß aufgegeben werde, behufs künftiger Vernehmung Wahrnehmungen von Tatsachen zu machen, die ohne besonderes Sachverständnis gemacht werden können, die aber der Richter nicht persönlich machen kann oder will (wegen Gefahr, Unannehmlichkeiten, Anstandsücksichten usw.) — Quasifachverständige.

2. Die weitere sehr übliche Unterscheidung nach dem Aussageinhalt: Der Sachverständige urteile, der Zeuge berichte Tatsachen bzw. Wahrnehmungen, leide schon darunter, daß die Antithese schief sei: das eine Glied sei hergenommen von dem formalen Charakter der Aussage (Urteil), das andere von ihrem Gegenstand (Tatsache) bzw. ihrer Grundlage (Wahrnehmung). Damit stehe im Zusammenhange, daß auch das Berichten ein Urteilen sei. Sodann aber berichte auch der Sachverständige in zahlreichen Fällen über Tatsachen bzw. Wahrnehmungen. Als die verschiedenen möglichen Arten der Sachverständigenaussage präsentierten sich nämlich folgende:

a) Mitteilung eines Elements der besonderen Sachkunde als solchen, eines Ergebnisses der betreffenden Wissenschaft, Kunst usw. Dabei sei es aber zu eng, nur an die Tradierung eines „Erfahrungssatzes“ zu denken. In Betracht könne doch auch ein apriorisch, also nicht durch Erfahrung gewonnener Satz (Mathematik!) kommen. Aber es handle sich überhaupt nicht nur um abstrakte „Sätze“, sondern auch um konkrete Tatsachen. Der Sachverständige habe nämlich bald praktische Regeln wiederzugeben und dann allerdings Sätze des Sollens; bald aber auch theoretische Erkenntnisse zu überliefern, und hier bildeten neben Seinsaussagen allgemeiner Art, Seinsregeln, entnommen den nomothetischen Wissenschaften, auch Aussagen über konkrete Tatsachen einen Anwendungsfall; dies nämlich dann, wenn es sich um Verwertung der Ergebnisse der auf das Einzelne gerichteten

¹⁴⁾ 104 151.

— idiographischen — Wissenschaften (Geschichte mit Einschluß der Geographie) handle.

b) Möglich sei aber auch, daß der Sachverständige auf eine konkrete Tatsache, die dem Prozeßfall angehöre, von der sich aus seiner Wissenschaft usw. ergebenden Prämisse aus an der Hand eines ihm gegebenen Unterfases einen (hypothetischen) Schluß ziehe. (Ein besonderer Anwendungsfall sei die Verdolmetschung; ihre Besonderheit bestehe darin, daß der Dolmetscher das vorhandene Erkenntnis-material nicht vermehre, sondern nur zugänglich mache; doch spreche in dubio die Verwandtschaft für Analogie mit dem Sachverständigen).

c) Endlich könne die Aussage des Sachverständigen auf eine von ihm wahrgenommene konkrete Tatsache lauten; dies dann, wenn die Wahrnehmung besondere Sachkunde voraussetze, und er sie im Prozeß selber als hiermit beauftragte Person gemacht hat.

Die Zusammenstellung dieser drei Aussagekategorien — die übrigens auch in den verschiedensten Kombinationen miteinander auftreten könnten — ergebe die Unrichtigkeit sowohl der Auffassung, wonach das Urteilen das Kriterium für den Sachverständigen bilden solle (Ausfall der Kategorien a und c); wie auch die Auffassung, wonach der Sachverständige die Oberfälle, der Zeugen die Unterfälle als Neues in den Prozeß einführe (Ausfall der Kategorien b und c, außerdem zu enge Begrenzung von a).

Auch die Scheidung von Sachverständigen und Zeugen je nachdem, ob die Aussage einer gegenwärtigen oder einer vergangenen Tatsache gelte, sei dadurch als unzulänglich erwiesen (Ausfall der ganzen Kategorie a); sie sei aber auch aus anderen (näher ausgeführten) Gründen direkt unrichtig und ermangle jeder ratio.

Schon näher an das Richtige heran führe der Versuch einer Scheidung je nach der Grundlage der Aussage, nach dem Grunde des Fürwahrerklärens. Zwar nicht nach der Formel: beim Sachverständigen handle es sich um wiederholbare, beim Zeugen um unwiederholbare Wahrnehmungen; denn das stimme nicht. Wohl aber nach der Formel, die auf die Verschiedenheit der Gelegenheit zur Wahrnehmung abstelle (ob die Wahrnehmung im Prozeß oder außerhalb, gerichtlich oder außergerichtlich gemacht sei) oder auf die Verschiedenheit der Veranlassung zur Wahrnehmung (ob die Zuweisung des Materials im Prozeß erfolgt sei; ob die Wahrnehmung absichtlich oder zufällig, auf gerichtliche Veranlassung oder ohne solche erfolgt sei. Immerhin seien alle diese Formeln noch im Einzelnen nach manchen Richtungen hin unzutreffend, und es fehle ihnen ein rationelles positives generelles Kriterium für den Sachverständigen, das den Unterschied vom Zeugen enthalte.

3. Könne man somit das Unterscheidungsmerkmal weder den Eigenschaften der Aussageperson, noch dem Inhalt der Aussage entnehmen, so bleibe nur übrig, den Unterschied in dem Grund, weshalb

die Person überhaupt im Prozeß aussagen soll, liegend in der Verschiedenheit der Beziehung der Person zu dem Inhalt ihrer Aussage, zu suchen. Beim Zeugen sei die Beziehung eine spezielle, individuelle, historische, nämlich die des (mit oder ohne besondere Sachkunde) Wahrgenommenhabens einer bestimmten konkreten im Prozeß festzustellenden Tatsache; beim Sachverständigen und Quasifachverständigen eine generelle, nur auf die Zugehörigkeit zu einer allgemeinen Klasse, auf eine unbestimmte Zahl nicht individuell bestimmter Personen hinweisende, rationale, nicht historische Beziehung; genauer: beim Sachverständigen der Besitz besonderer Sachkunde, der ihn befähigt, im Prozeß Elemente derselben kundzugeben (Kategorie a), Schlüsse daraus auf Konkreta zu ziehen (Kategorie b), Wahrnehmungen zu machen (Kategorie c), beim Quasifachverständigen die Fähigkeit, kraft des Besitzes einer nach der gegebenen Sachlage erforderlichen Tauglichkeit und Geeignetheit in Betracht kommende Wahrnehmungen zu machen und über den Befund zu berichten. „Der Zeuge wird eingeführt als d e r Mann, der w a h r g e n o m m e n h a t; der Sachverständige und Quasifachverständige als e i n Mann, der Sachverständnis bzw. Geeignetheit b e s i t z t.“ Dies das primäre Kriterium, aus dem als ein sekundäres die Vertretbarkeit von Sachverständigen und Quasifachverständigen, die Unvertretbarkeit von Zeugen folge. Dies sei der Grund, weshalb der Quasifachfachverständige dem Sachverständigen analog zu behandeln sei, und weshalb die Aussagekategorie c der Sachverständigenausage, nicht dem Zeugnis, zuzuweisen sei.

Daß die gewonnene Unterscheidung nach dem Grunde der Einführung der Aussageperson in den Prozeß auch die des geltenden Rechts sei, ergebe sich daraus, daß die gesetzlichen Bestimmungen über Sachverständige teils in dem sekundären, teils in diesem und zugleich den primären Unterscheidungsmerkmal, teils in dem primären allein, ihre unmittelbare Erklärung fänden. Der Gedanke der Vertretbarkeit des Sachverständigen zeige sich in den Bestimmungen über Auswahl, Bestimmung der Anzahl, Ablehnbarkeit der Sachverständigen, Anordnung neuer Begutachtung durch andere Sachverständige, Einschränkung der Sachverständigenpflicht, Müde der Unfolgsamkeitsfolgen. Derselbe Gedanke, verbunden mit dem (primären) Gedanken der Unerheblichkeit der Persönlichkeit zeige sich in dem Begriff der „Müherhaltung“, in der Möglichkeit der gemeinsamen Abgabe eines Gutachtens, in der gegenüber dem Zeugenbeweisrecht erweiterten Möglichkeit der Abgabe von Aussagen durch nichtphysische Instanzen, Behörden usw.; in der Möglichkeit schriftlicher Begutachtung. Speziell der primäre Gesichtspunkt trete hervor in der Verschiedenheit des Eides, im Zivilprozeß auch in der Zulässigkeit eines Beweistritts ohne Benennung einer Person, sowie darin, daß das Gericht Begutachtung von Amtswegen anordnen könne.

V. Zwangsmittel.

11. Über die Vermögensbeschlagnahme nach §§ 332 ff., insbesondere ihre grundbuchrechtliche Behandlung, spricht Meißel im „Recht“¹⁵⁾.

VI. Ermittlungsverfahren.

12. v. Holtum verneint¹⁶⁾ (zutreffend) mit der herrschenden Meinung die Befugnis der Polizei zur Vornahme von Zwangsgestellungen von Zeugen usw.

13. Gütermann verteidigt in der Bahrischen Zeitschrift für Rechtspflege¹⁷⁾ von neuem¹⁸⁾ die Auffassung, daß die Staatsanwaltschaft nicht in der Lage sei, das Verfahren gegen einen jugendlichen Beschuldigten um deswillen einzustellen, weil er die zur Erkenntnis der Strafbarkeit erforderlichen Einsicht nicht gehabt habe.

VII. Schwurgerichtliche Hauptverhandlung.

14. Bekanntlich billigt das Reichsgericht im Falle des Mordes eine schwurgerichtliche Fragestellung, bei der eine Hauptfrage auf die vorsätzliche Tötung ohne Zusatz und eine Nebenfrage auf das Überlegungsmoment gerichtet wird. Mit zutreffenden Gründen stellt sich Dieß in Goldammers Archiv¹⁹⁾ auf die Seite der Gegner dieser Auffassung.

VIII. Rechtsmittel und Wiederaufnahme.

15. Die Beschränkung der Rechtsmittel im Strafprozeß auf bestimmte Beschwerdepunkte erörtert Schneidler in der Württembergischen Zeitschrift für Rechtspflege und Verwaltung²⁰⁾. Der Verf. betont zunächst, daß bei Auslegung der Willenserklärung der Parteien die Beschränkung mit Bezug auf den Gegenstand der Anfechtung nicht verwechselt werden dürfe mit der Beschränkung in der Begründung des Rechtsmittels. Im übrigen sei die Entscheidung der Frage, wie weit eine Beschränkung wirksam sei, auf den Satz zu fundieren, daß die Erklärung nur als rebus sic stantibus abgegeben zu gelten habe, somit spätere Ausdehnung zulässig sei, wenn neue Tatsachen in Frage kämen, die ein gravamen für den Rechtsmittelwerber darstellten, oder sich eine ihm abträgliche Gesetzesverletzung herausstelle. Dies ergebe sich namentlich aus dem Grundsatz der materiellen Wahrheitserforschung. Auch könne

¹⁵⁾ 13 337.

¹⁶⁾ Jurist. Wochenchr. 38 102.

¹⁷⁾ 5 47.

¹⁸⁾ Wgl. 3. 29 719.

¹⁹⁾ 56 49.

²⁰⁾ 2 81.

sich die Partei ja bei einem beschränkt eingelegten Rechtsmittel ausdrücklich spätere Ausdehnung vorbehalten, und mangle es an solchem ausdrücklichem Vorbehalt, so dürfe er auch aus einer Veränderung der Sachlage ergänzt werden. Mit einer infolge der Beschränkung des Rechtsmittels eingetretenen relativen oder teilweisen Rechtskraft dürfe man innerhalb eines und desselben Tatbestandes überhaupt nicht operieren; solche gebe es nur hinsichtlich der Urteilsformel in Ansehung ihrer selbständig vollstreckungsfähigen Teile.

Abgesehen von den Besonderheiten der Revision ergäben sich folgende Einzelsätze: Abtrennbar sei die Straffrageentscheidung; die Einzelstrafe bei Realkonkurrenz; der Kostenpunkt; die Bußentscheidung; die Anordnung einer Zwangserziehung; die Strafumwandlung; die Anrechnung der Untersuchungshaft; der Rückfall. Dagegen sei unwirksam eine Beschränkung der Anfechtung mit Bezug auf Tat- oder Rechtsfrage allein; auf die Teile der Straffrage; auf Verfahrensmängel; auf die Würdigung der Tat unter den verschiedenen möglichen juristischen Gesichtspunkten; auf die Zulässigkeit der Strafverfolgung.

Die Zulässigkeit einer dem Angeklagten günstigen Änderung des angefochtenen Urteils auf ein staatsanwaltschaftliches Rechtsmittel hin sei stets in vollem Umfang vorhanden, auch wenn die Staatsanwaltschaft ihr Rechtsmittel beschränkt habe.

Die Erklärung, daß ein Rechtsmittel nur beschränkt eingelegt werde, müsse immer unzweideutig sein, widrigenfalls Vollanfechtung zu unterstellen sei.

Referent kann diesen Ausführungen gegenüber nur an dem in vielfacher Hinsicht abweichenden Standpunkte seines Lehrbuchs festhalten, der sich auf einer — ja auch von dem Verf. angenommenen aber doch nicht durchgeführten — Scheidung zwischen Beschränkung der Anfechtung selber und Beschränkung in den Anfechtungsgründen aufbaut²¹⁾.

16. Das Reichsgericht hat mehrfach eine Revisionsbegründung für formell ungenügend erklärt, wenn der Gerichts-

²¹⁾ Zu S. 83 der Abhandlung darf vermerkt werden, daß ich im Lehrbuch S. 572 nicht die Auffassung vertrete, § 359 StPD. beziehe sich „nicht nur auf den Gegenstand, sondern auch auf die Begründung der Anfechtung“, sondern die Auffassung, daß § 359 sich bloß auf die Begründung beziehe. Auch nehme ich keineswegs an, daß, wenn der Angeklagte erklärt, er setze das Urteil an, weil untauglicher Versuch nicht strafbar sei oder weil ihm ein Alibibeweis zur Verfügung stehe, — darin schon eine Beschränkung in der Begründung liege; solche Rechtsmittel sind vielmehr unbeschränkt; ich nehme vielmehr an, daß, wenn der Rechtsmittelwerber ausdrücklich nur den einen oder anderen Punkt der Begründung nachgeprüft wissen will, der § 359 Platz greift, wie auch auf S. 572 gesagt ist.

Schreiber bzw. Rechtsanwalt nur äußerlich Erklärungen des Angeklagten zu Papier gebracht hat, ohne selbständig deren Inhalt zu prüfen und die Verantwortlichkeit dafür zu übernehmen. *Sä s m a r* verteidigt in der Deutschen Juristenzeitung²²⁾ diese Praxis gegen den in einem Artikel der Frankfurter Zeitung erhobenen Vorwurf des Formalismus.

17. *R a h l* spricht sich in der Bayerischen Zeitschrift für Rechtspflege²³⁾ für eine extensive Auslegung des § 399⁶ StPD. aus: eine Wiederaufnahme des Verfahrens solle im Sinne dieser Gesetzesbestimmung auch dann für zulässig erachtet werden, wenn mittels ihrer nicht „Freisprechung“, sondern Einstellung des Verfahrens oder Ausspruch der Unzulässigkeit der Strafverfolgung angestrebt werde, so namentlich, wenn das angefochtene Urteil in Verletzung des Satzes *Ne bis in idem* ergangen sei.

IX. Strafvollstreckung.

18. Der Text des Art. 84 IV der Preuß. BU. gibt bekanntlich ebenso wie der des Art. 31 III der RVerf. dem Zweifel Raum, ob das Abgeordnetenhaus bzw. der Reichstag auch die Unterbrechung einer *S t r a f f a s t* gegen den Abgeordneten verlangen können. Die Frage wird von *B i e r e d* in Goldammer's Archiv²⁴⁾ aufs neue untersucht und zwar mit verneinendem Ergebnis.

19. Eine weitere Erörterung widmet *B i e r e d* in Goldammer's Archiv²⁵⁾ der Untersuchung der Frage, inwieweit die Strafvollstreckungsbehörde in Erteilung eines *A u f s c h u b s* oder einer Unterbrechung der Strafvollstreckung frei oder gebunden ist. Er stellt fest: Jene Behörde könne außerhalb der Fälle §§ 487, 488 StPD. keinen Aufschub gewähren, nur die Gnadeninstanz (Staatshaupt, Delegatar) sei hierzu imstande. Liege keiner der Fälle §§ 487, 488 vor und sei auch kein gnadenweiser Aufschub erfolgt, so müsse die Strafvollstreckungsbehörde vollstrecken. Habe die Strafvollstreckung schon begonnen, so sei die Unterbrechung grundsätzlich reine Gnadenache, nur könne allenfalls in Sachen, in denen das Reichsgericht in erster Instanz entschieden hat, und die Vollstreckung dem Oberreichsanwalt zusteht, letzterem eine Unterbrechungszuständigkeit in den Fällen der §§ 487, 488 im Wege der Analogie zugesprochen werden.

²²⁾ 14 703.

²³⁾ 5 187.

²⁴⁾ 56 145.

²⁵⁾ 56 162.

X. Privatklage.

20. Die Zulässigkeit einer Widerklage des Privatklägers gegen die Widerklage des Beschuldigten wird von Leonhardt in der Deutschen Juristenzeitung²⁶⁾ verfochten.

XI. Kosten.

21. In dem Streite über das gegenseitige Verhältnis der §§ 496 I StPD. und 86 GKG. nimmt Winkler²⁷⁾ für die Ansicht Partei, wonach das Gericht auch bei Vorliegen einer Kostenübernahmemeerkklärung im Sinne des § 86 GKG. eine diese Erklärung ignorierende, lediglich aus der StPD. hergeleitete Kostenentscheidung zu fällen hat. Er hebt aber die Unzuträglichkeiten dieser Auffassung hervor und wünscht deshalb de lege ferenda eine Abänderung der §§ 502, 503 II StPD.

XII. Militärstrafprozeß.

22. In dem Streit, ob die Militärgerichtsbarkeit Ausfluß der Kommandogewalt sei oder von der Militärhoheit nicht umfaßt werde, ergreift Rissom das Wort²⁸⁾. Er stellt sich auf die Seite der ersteren Auffassung.

23. Nach der bisher herrschenden Auffassung gehören Personen des Beurlaubtenstandes im Falle der Einberufung zu einer Kontrollversammlung nicht bloß während der Dauer der letzteren, sondern während des ganzen Tages zum aktiven Heer und unterstehen deshalb während des ganzen Tages der Militärgerichtsbarkeit im Sinne des § 1¹ MStGD. Diese Auffassung wird von v. Bippen in der Deutschen Juristenzeitung²⁹⁾ als unzutreffend bekämpft.

24. Stellt man sich auf den Standpunkt des Verfassers, so erwächst die weitere Frage, welche Konsequenzen sich hieraus für das erkennende Militärgericht ergeben. Diese Frage untersucht Rissom in der Deutschen Juristenzeitung³⁰⁾. Er unterstellt also den Fall, daß ein Militärgericht mit einer Tat befaßt ist, die eine Person des Beurlaubtenstandes am Tage einer Kontrollversammlung, aber nach dem Schluß, begangen hat, und daß es sich der neueren Auffassung anschließt, wonach die Zugehörigkeit zum aktiven Heer die Kontrollversammlung nicht überdauert, und entscheidet sich dahin, daß, wenn das Gericht ein bürgerliches Delikt für gegeben ansehe, Unzuständig-

²⁶⁾ 14 763.

²⁷⁾ Goldhammers Archiv 56 53.

²⁸⁾ Goldb. Archiv 56 168.

²⁹⁾ 14 482.

³⁰⁾ 14 592.

keitserklärung nach §§ 328 bzw. 395 MStGD. zu erfolgen habe, daß dagegen, wenn lediglich ein rein militärisches Delikt in Frage komme, auf Unzulässigkeit des Verfahrens nach § 314 MStGD. zu erkennen sei.

25. Über Trennung und Verbindung von Strafsachen nach der MStGD. spricht v. d. Horst in der Deutschen Juristenzeitung³¹⁾.

26. Ph. Otto Mayer verteidigt im „Recht“³²⁾ gegen Steidle seine von ihm schon früher vertretene Auffassung, daß auch dem Kaiser und den Kontingentsherren die Eigenschaft als „Gerichtsherr“ zukomme, sie also bindende Anweisungen im Sinne des § 24 MStGD. erteilen könnten.

27. Elsner v. Gronow erörtert³³⁾ die Frage, ob der höhere Gerichtsherr den ihm untergebenen anweisen könne, Untersuchungs-handlungen als Grundlage für einen Wiederaufnahmeantrag zugunsten des Verurteilten vorzunehmen. Er verneint und verweist den höheren Gerichtsherrn hinsichtlich der Beschaffung dieser Grundlagen auf den Weg der Beauftragung des ihm selbst zugewiesenen Militärjustizbeamten oder des Ersuchens an das für die Untersuchung zuständige Gericht.

28. Uutenrieth führt im „Recht“³⁴⁾ zutreffend aus, daß ein „Tatbericht“ im Sinne des § 153 II MStGD. auch noch zulässig ist, nachdem der Gerichtsherr von der Straftat anderweit Kenntnis erhalten hat.

Anhang: Auslieferung.

29. Eine eingehende Untersuchung widmet Mettgenberg der Reziprozität im deutschen Auslieferungsrecht³⁵⁾. Auf die Einzelheiten kann hier nicht eingegangen werden. Die grundlegende Definition, die der Verf. gibt, lautet: die Reziprozität im Auslieferungsrecht ist dasjenige System, das die Beteiligten in gleichen Fällen zur Befriedigung gleicher strafrechtlicher Interessen durch gleiche Rechtshilfehandlungen gegen einander verpflichtet. In diesem Sinne habe die Reziprozität auch als Leitfaden für die Auslieferungsverträge zu gelten.

³¹⁾ 14 758.

³²⁾ 13 62.

³³⁾ „Recht“ 13 100.

³⁴⁾ 13 206.

³⁵⁾ Arch. f. öffentl. Recht 25 1.